

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Bildung und Frauen

betreffend **keine Zeit für politische Bildung?**

Wie die Internetseite vienna.at berichtet, kommt einer diesbezüglichen Studie zufolge der Unterricht in bzw. das Unterrichtsprinzip „politische Bildung“ in den Schulen zu kurz:

„Ein Drittel der Pädagogen gab an, dass ihm die nötige Ausbildung in Sachen Politischer Bildung fehlt. Dementsprechend äußerten die Befragten den Wunsch nach mehr Unterrichtszeit für Politische Bildung und mehr Fort- und Weiterbildung in dem Bereich. [...] Das Unterrichtsprinzip selbst wird an den Schulen offenbar durchaus gelebt: Sogar in der Volksschule gibt jeder dritte Lehrer an, Politische Bildung häufig zu unterrichten. Weitere zwei Fünftel tun das manchmal. Ängste und Befürchtungen der Lehrer rund um Politische Bildung gibt es zwar, diese werden aber von einem eher kleineren Teil der Pädagogen geäußert: 17 Prozent der Volksschullehrer befürchten, dass es unmöglich sei, politische Bildung objektiv zu gestalten, ein Viertel hält sie für zu kompliziert und jeweils etwas mehr als ein Drittel hält die Kinder für zu jung bzw. hat Angst, dass es als Parteiwerbung in der Schule genützt werden könnte. ...“ (<http://www.vienna.at/politik-unterricht-zu-wenig-zeit-fuer-politische-bildung-an-wiener-schulen/4124508>, 23. Okt. 2014)

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Bildung und Frauen die folgende

Anfrage

1. Welche Maßnahmen sind lt. BMBF geplant, um den mangelhaften Unterricht in politischer Bildung zu verbessern?
2. Bis wann sollen diese umgesetzt werden?
3. Für welche Schulstufen besteht welches Fortbildungsangebot für die Lehrer in Bezug auf den Unterricht in politischer Bildung?
4. Wie stellen Sie sicher, dass der Unterricht in politischer Bildung tatsächlich nicht zur Parteiwerbung missbraucht wird?

CS